


Bürgermitwirkung im Klimaschutz

 Beispiele aus Kommunen

LU:W



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

IMPRESSUM

- HERAUSGEBER** Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg,
Postfach 10 34 39, 70029 Stuttgart, www.um.baden-wuerttemberg.de
LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg,
Postfach 10 01 63, 76231 Karlsruhe, www.lubw.baden-wuerttemberg.de
- TEXT, REDAKTION** Sabine Weissinger, freie Journalistin, 70569 Stuttgart, www.sabine-weissinger.de
LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg,
Abt. 2 – Agenda-Büro Baden-Württemberg, Gerd Oelsner
Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, Abt. 2,
Referat 22, Thilo Blennemann
- GESTALTUNG** Sabine Weissinger, freie Journalistin, 70569 Stuttgart, www.sabine-weissinger.de
- BEZUG** Die Broschüre ist kostenlos erhältlich bei der LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg, Postfach 10 01 63, 76231 Karlsruhe, sowie als Download im PDF-Format unter www.um.baden-wuerttemberg.de und unter www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/6638/
- STAND** Juni 2012, 1. Auflage
- DRUCK** SchwaGe Druck, 76287 Rheinstetten; gedruckt auf Recyclingpapier
- BILDNACHWEIS** Titelseite: Thomas Haigis, Filderstadt; Arbeitskreis Energie Herrenberg, Gabriel Holom.
Seite 3: www.panthermedia.net, Derya Cakirsoy. Seiten 5 und 27: LUBW, Harry Hohl.
Seiten 7, 8, 9: Stadt Ludwigsburg; KlimaKom, Willi Steincke. Seiten 10, 11: BUND Heidelberg; KlimaKom, Tobias Hase. Seite 13: Stadt Karlsruhe, Stadtplanungsamt.
Seite 14: Stadt Aalen; Wilfried Kolacek, Wiernsheim. Seite 15: Thomas Haigis, Filderstadt. Seite 17: www.panthermedia.net, Rafa Irusta Machin; Stadt Weinheim. Seite 18: Solarinitiative Straubenhardt. Seite 19: Arbeitskreis Energie Herrenberg, Gabriel Holom; Maerzke Grafik Design. Seite 20: www.tutti quanti.net, Illustration Desmond Bovey.
Seite 21: Peter Brinkmann, Welzheim. Seiten 23 und 24: Manfred Lange, Münstertal; ENRW, Nico Pudimat. Seite 25: Bürgerenergiegenossenschaft Leibertingen.

Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit Zustimmung des Herausgebers unter Quellangabe und Überlassung von Belegexemplaren gestattet.



INHALTSÜBERSICHT

Vorwort	4
Mitwirkung hat Methode. Konferenzen, Werkstätten und Runde Tische	6
Runder Tisch [Ludwigsburg]	7
Zukunftskonferenz [Ludwigsburg]	8
Erste Klimawerkstatt [Horb]	9
Vorbereitende Planungswerkstatt [Rottenburg]	9
Jugendwerkstatt [Heidelberg]	10
Vorbildliche Werkstatt für kleine Gemeinden [Weßling]	11
Großer Überbau, am Ort verwurzelt. Klimaschutzkonzepte und Leitbilder	12
Erstellen eines Klimaschutzkonzepts [Karlsruhe]	13
Klimaschutzkonzept mit Akteursgesprächen [Aalen]	13
Ein ausgezeichnetes Leitbild [Wiernsheim]	14
Integriertes Stadtentwicklungskonzept und „Energistadt“ [Filderstadt]	15
Platz für Ideen und Sachverstand. Arbeitskreise, Agendagruppen, Vereine	16
Beispiel für die Gründung eines Klimaschutz-Arbeitskreises [Weinheim]	17
Solarinitiative [Straubenhardt]	18
Agenda-Arbeitskreis Energie [Herrenberg]	19
Klimaschutz-Arbeitskreis mit Multiplikatoren [Heidelberg]	20
Solarverein als Mitinitiator von Genossenschaft und Bürgeranlagen [Weissach]	21
Meinung ist gefragt. Umfragen und Bürgergutachten	22
Bürgerbefragung im Rahmen eines Klimaschutzkonzepts [Ludwigsburg]	23
Bürgerumfrage zur Windenergie [Münstertal]	23
Bürgergutachten samt -befragung zur Wärmeenergieversorgung [Rottweil-Hausen]	24
Projekt-Check für eine Photovoltaik-Freiflächenanlage [Leibertingen]	25
Anlaufstellen, Hinweise, Materialien	26

VORWORT

Vorwort

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Energie- und Klimaschutzpolitik des Landes auf der Basis eines Klimaschutzgesetzes neu auszurichten. Um unsere Klimaziele mit der notwendigen Konsequenz verfolgen zu können, werden wir ein Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Zielen für Treibhausgasminderungen verabschieden. In einem umfassenden integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept legen wir die erforderlichen Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele fest.

Städte und Gemeinden spielen eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der ambitionierten Klimaschutzpolitik der Landesregierung. Sie haben im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung umfangreiche Handlungsspielräume. Als selbstständige Gebietskörperschaften können sie eigene Ziele und Maßnahmen entwickeln und umsetzen. Zahlreiche Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg engagieren sich heute bereits im Bereich des Klimaschutzes. Das Land unterstützt diese Kommunen durch vielfältige Maßnahmen, etwa durch den Wettbewerb „Klimaneutrale Kommune“. Durch spezielle Förderung von Vorreitern des kommunalen Klimaschutzes wollen wir Beispiele für eine gelungene Umsetzung und damit Akzeptanz und Vorbildwirkung für klimaschützende Maßnahmen in Kommunen schaffen.

BÜRGERSCHAFT UND KOMMUNEN

ALS PARTNER

Die Landesregierung sieht die Kommunen als Verbündete bei der gemeinsamen Anstrengung, unsere klimapolitischen Ziele Wirklichkeit werden zu lassen. Gerade auf diesem Gebiet soll zudem das von der Landesregierung verfolgte Ziel, mehr Bürgernähe und eine „Politik des Gehörtwerdens“ zu praktizieren sowie mehr Bürgerbeteiligung auf allen Entscheidungsebenen zu ermöglichen, greifbar werden.

Beim Klimaschutz werden, wie bei anderen wichtigen Themen, in vielen Kommunen schon seit Jahren Formen der Bürgermitwirkung praktiziert. Mit größtenteils informellen Methoden nutzen die Kommunen den Sachverstand und die Bereitschaft zum Mitmachen, die in der Bevölkerung vorhanden sind. Immer mehr Kommunen erstellen beispielsweise umfassende Klimaschutzkonzepte oder energiepolitische Leitbilder und beteiligen dabei wichtige örtliche Akteure und die Bürgerschaft.

Dabei gibt es keinen Königsweg und kein Patentrezept, sondern eine bunte Vielfalt von Ansätzen: Sie reicht von der Förderung des freiwilligen Engagements über Mitmachangebote bei kommunalen Vorhaben, Befragungen der Bürgerschaft bis zu inhaltlicher Mitgestaltung.



Eine wachsende Zahl von Kommunen schafft damit Möglichkeiten zur aktiven Mitwirkung für Bürgerinnen und Bürger. Und Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger nutzen als „Expertin und Experte des Alltags“ die Möglichkeit, sich auf diese Weise in ihren Gemeinden zu engagieren und persönlich etwas zum Klimaschutz beizutragen. Ferner lassen sich wichtige Gruppen und Verbände in der Kommune, wie etwa das Handwerk, in die Entwicklung kommunaler Klimaschutzziele einbinden. Denn kommunaler Klimaschutz ist ein wichtiger Beitrag zur regionalen Wertschöpfung und kurzelt die Wirtschaft vor Ort an.

Mit dieser Broschüre möchten wir aus der Vielzahl der Aktivitäten einige gute Beispiele herausgreifen und aufzeigen, wie Bürgermitwirkung im Klimaschutz konkret aussehen kann.

ALLIANZ FÜR KLIMASCHUTZ UND BÜRGERBETEILIGUNG

Nicht nur beim Klimaschutz schafft das Land durch gesetzliche Grundlagen und Förderungen bessere Rahmenbedingungen. Um die Bürgerbeteiligung generell zu stärken, wurde im Staatsministerium das Amt der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung eingerichtet. Sie fördert die Aktivitäten landesweit und hat dafür mit vielen Verbänden und Institutionen eine „Allianz für Beteiligung“ ins Leben gerufen. Die Allianz soll das Thema Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft im Land verankern und die Politik des Gehörtwerdens mit Leben füllen.

Damit sind gute Bedingungen geschaffen, um gemeinsam vor Ort und mit Unterstützung des Landes Baden-Württemberg Bürgermitwirkung im Klimaschutz überall im Land praktizieren zu können. Ich wünsche mir, dass die vorliegende Broschüre viele Kommunen dazu anregt.

Franz Untersteller MdL
Minister für Umwelt, Klima
und Energiewirtschaft des
Landes Baden-Württemberg



KONFERENZEN, WERKSTÄTTEN UND RUNDE TISCHE

Mitwirkung hat Methode.

Konferenzen, Werkstätten und Runde Tische

Zukunftswerkstätten und daran anknüpfende Veranstaltungsformen sind seit Jahrzehnten eine der erfolgreichsten und am häufigsten verwendeten Methoden der Bürgerbeteiligung. Oft sind sie Teil von Klimaschutzkonzepten, lassen sich aber auch einzeln gut anwenden. Ausgangspunkt ist dabei oft die vom Zukunftsforscher Robert Jungk entwickelte Form der Zukunftswerkstatt.

ZUGESCHNITTEN AUF ZIELE UND ZIELGRUPPEN

Seit ihren Anfängen vor rund 40 Jahren hat die Zukunftswerkstatt Weiterentwicklungen und Änderungen erfahren. Sie eignet sich sehr gut, um mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam und unter Anleitung eines fachkundigen Moderators im Plenum und in Arbeitsgruppen Vorschläge zu erarbeiten, wohin sich die Gemeinde entwickeln soll – gerade auch mit Blick auf Energie und Klimaschutz.

Je nach Thema und Teilnehmern werden Zukunftswerkstätten als halb-, ganz- oder 1,5-tägige Veranstaltung angesetzt, vereinzelt finden sie als Abendveranstaltung statt. Sie lassen sich zudem auf spezielle Zielgruppen ausrichten; Beispiel: Jugendwerkstatt.

Viele Kommunen setzen auf **Zukunftskonferenzen** – ein ähnliches, aber aufwendigeres Verfahren, das mehr Phasen umfasst und länger dauert.

Mit einem **Runden Tisch** werden wichtige, ausgewählte Multiplikatoren eingebunden, etwa beim Erstellen von Klimaschutzkonzepten. Mitunter ist mit „Runder Tisch“ aber auch nur eine feste Struktur der Zusammenarbeit gemeint, oder eine Form der Konfliktlösung bei einem bestimmten Projekt.

ZUM BEISPIEL?

Die folgenden Seiten zeigen die vielen Möglichkeiten von Werkstattveranstaltungen auf: Planungswerkstatt im Vorfeld, Klimawerkstatt als Einstieg, eine Werkstatt in einer kleinen Gemeinde, ein Workshop speziell für Jugendliche. Zwei weitere Beispiele veranschaulichen die Methoden Zukunftskonferenz und Runder Tisch.

Weitere Informationen:

- Das LUBW-Agenda-Büro informiert über Fördermöglichkeiten und Beispiele. Kontaktdaten siehe Seite 26.



RUNDER TISCH [LUDWIGSBURG]

Im knapp 90.000 Einwohner großen Ludwigsburg kamen bei der Entwicklung des Integrierten Klimaschutz- und Energiekonzepts („Gesamtenergiekonzept“, kurz GEK) gleich mehrere Methoden der Experten- und Bürgerbeteiligung zum Einsatz: Runder Tisch, Zukunftskonferenz, Bürgerbefragung. Zudem begleitete eine kleine, regelmäßig einberufene Expertenrunde den gesamten GEK-Prozess. Zum Beraterkreis gehörten Fachleute aus Hochschule und Stadtverwaltung, die Stadtwerke, die „Energie-Denkfabrik“ Energetikom sowie die aus dem Agenda-Arbeitskreis Klimaschutz und Energie entstandene, 2006 institutionalisierte und seither vom Land geförderte Ludwigsburger Energieagentur LEA.

Mitte 2009 hat die Stadt die Planung und Federführung des bis Ende 2010 dauernden Prozesses nach außen gegeben.

Das beauftragte Institut versprach sich von der Beteiligung der Bürger und der lokalen Fachkompetenz, dass die Ludwigsburger das GEK stärker unterstützen, wenn sie seine Maßnahmen selbst mitgestalten können. Das hat sich bestätigt: Im Rückblick hat die Stadtverwaltung die Chancen und

Erfolgsfaktoren des Prozesses nochmals formuliert – und an die erste Stelle geschrieben: „Die enge Zusammenarbeit mit kompetenten Partnern, Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft sorgt für breite Abstimmung und Akzeptanz.“

Das erste der beiden großen Foren zur Beteiligung am Ludwigsburger GEK war der Runde Tisch. Er schloss im Mai 2010 an die Bestandsaufnahme und Potenzialanalyse und das Entwickeln von Leitbildern und Maßnahmen an. Über 50 Fachleute und Interessenvertreter nahmen daran

„Die enge Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft sorgt für breite Akzeptanz.“

teil. Vertreten waren: Stadtverwaltung und Gemeinderat, Handel, Industrie, Vereine mit Stadt- oder Energiebezug, Handwerk, Architektenkammer, Wohnbau Ludwigsburg, Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümergeverein, Solarinitiative Ludwigsburg und die LEA.

Ziel der vierstündigen Veranstaltung war, den entwickelten Maßnahmenkatalog diesem Gremium aus lokalen Experten vorzustellen, um deren orts- und fachkundige Einschätzung mit in die weitere Gestaltung des GEK aufzunehmen. Fünf Arbeitsgruppen bildeten sich (siehe Foto). Parallel zueinander diskutierten und bewerteten sie Maßnahmen zu allen energierelevanten Themenbereichen: Wärme, Strom, Verkehr, erneuerbare Energien sowie übergreifende Maßnahmen. Dann wurden die Themen getauscht und die Maßnahmen, Bewertungen und Vorschläge aus der ersten Arbeitsrunde in einem weiteren Durchlauf vorgestellt und

erneut diskutiert. Damit erreichte der Runde Tisch die Integration verschiedenster Sichtweisen auf alle Bereiche.

In Ludwigsburg soll diese Beteiligungsmethode beibehalten werden – unregelmäßig, abhängig von Situation, Fragestellung und dem Bedarf an lokalem Expertenwissen.

Kontakt:
Stadt Ludwigsburg, Referat Nachhaltige Stadtentwicklung
Team Europa und Energie
Anja Wenninger
Wilhelmstraße 5
71638 Ludwigsburg
Telefon: 07141/910-2654
Fax: 07141/910-3097
E-Mail: a.wenninger@ludwigsburg.de
Internet: www.ludwigsburg.de



ZUKUNFTSKONFERENZ

[LUDWIGSBURG]

An der Zukunftskonferenz Energie am 9. und 10. Juli 2010 (Foto oben) beteiligten sich pro Tag an die 65 und insgesamt ca. 80 Bürger, außerdem Vertreter aus Handel, Wirtschaft und Stadtverwaltung. Ziel war es, die Bürgerschaft an der Planung und Ausgestaltung des Gesamtenergiekonzepts (GEK; siehe dazu auch das vorige Beispiel) zu beteiligen und Bewertungen und Empfehlungen zur Umsetzbarkeit der gefundenen möglichen Maßnahmen einzuholen. Denn wer kann die örtlichen Verhältnisse und Gegebenheiten in einer Stadt besser einschätzen als ihre Bewohner?

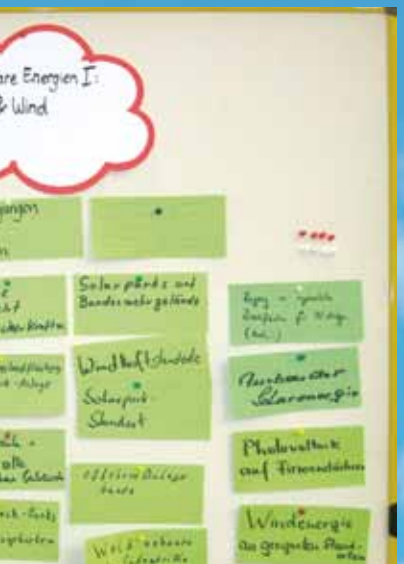
Auch diesem nach dem Runden Tisch zweiten großen Beteiligungsgremium wurden in fünf verschiedenen Arbeitsgruppen die Maßnahmen zu den fünf Themenfeldern Wärme, Strom, Mobilität, erneuerbare Energien sowie übergreifende Maßnahmen vorgestellt, um sie zu diskutieren, zu kommentieren und zu bewerten. Die Teilnehmenden hatten sich bereits bei der Anmeldung für einen Themenbereich entschieden und erhielten vorab Unterlagen zu den einzelnen Maßnahmen. Im Verlauf der Konferenz tauschten die Gruppen aber – wie schon beim Runden Tisch praktiziert und mit Erfolg erprobt – ebenfalls die Themen, um eine möglichst große Bandbreite verschiedener Perspektiven zu erhalten. Darüber hinaus stand das eigene Engagement auf der Tagesordnung: Es wurde gefragt, wie sich jede/r Einzelne bei der Umsetzung des GEK einbringen und was jede/r persönlich zur nachhaltigen Nutzung von Energie beitragen kann.

„Ob Bürger oder Experten – ihre Mitarbeit ist Gold wert!“

Die bei der Konferenz erarbeiteten Empfehlungen flossen in die weitere Gestaltung des GEK ein. Insgesamt hat der diskursive Prozess dazu geführt, dass die vorab entwickelten Ideen und Maßnahmen geändert und angepasst wurden, vor allem in ihrer Ausrichtung und ihrer Gestaltung im Detail. Das frühe Einbinden der Bürger- wie auch der ortsansässigen Expertenschaft konnte lokales Wissen in den Prozess integrieren – erst dadurch war es möglich, zu prüfen und einzuordnen, ob und wie praktikabel die geplanten Maßnahmen speziell für Ludwigsburg sind.

In Ludwigsburg hat man überdies die bei Runden Tisch und Zukunftskonferenz gesammelten Argumente von Bürgern und Experten miteinander verglichen. Das Ergebnis: Experten legten den Fokus mehr auf Wirkung, Kosten und Ausgestaltung, Bürger hatten sog. weiche Faktoren wie Sicherheit, Privatsphäre, Akzeptanz und Vertrauen stärker im Blick. Doch ob Bürger- oder Expertenschaft, für beide gilt unterm Strich: Deren Mitwirkung ist Gold wert. Denn sie trägt dazu bei, Misserfolge zu vermeiden und wahrscheinlich ins Leere laufenden Geld- und Arbeitsaufwand von vornherein auf eher erfolgversprechende Maßnahmen konzentrieren zu können. Mehr noch: Transparenz und Akzeptanz von Entscheidungen in Ludwigsburg helfen zudem, so lautet das Fazit, „zu einer stärkeren Mitverantwortung und Identifikation der Bürgerschaft für das gesamte GEK und dessen Umsetzung zu gelangen.“

Kontaktdaten: siehe voriges Beispiel, Seite 7.



ERSTE KLIMAWERKSTATT

[HORB]

Im rund 25.000 Einwohner großen Horb fand im Mai 2011 als Auftakt zum Prozess für ein Klimaschutzkonzept und eine „klimaneutrale Kommune“ eine öffentliche, dreistündige Veranstaltung statt. Nach Begrüßung durch den Oberbürgermeister und einer Einführung durch das beauftragte Fachbüro waren die rund 70 anwesenden Interessierten gefragt: Der Abend stand im Zeichen des Dialogs mit den Horber Bürgerinnen und Bürgern.

Per Kartenabfrage schätzten sie die Klimaschutzpotenziale und konkreten Ansatzpunkte in Horb ein und gaben an, mit welchen Hürden und Hemmnissen sie rechneten. Ihre schriftlich festgehaltenen Anregungen und Anmerkungen wurden den acht Themenfeldern des Klimaschutzkonzepts zugeordnet; anschaulich fanden die Stichworte auf je einer Pinnwand Platz (siehe Fotos). Der Moderator fasste die abgegebenen Statements zusammen und stellte sie schließlich im Plenum zur Diskussion.

Bereits dieses kurze Sammeln möglicher Ansatzpunkte führte zu vielen interessanten, sehr konkreten Ideen und Maßnahmen, die im Laufe der Konzepterstellung weiterentwickelt werden. In der Diskussion kristallisierten sich einige grundsätzliche Anknüpfungspunkte heraus, die seitens der Stadtverwaltung und der übrigen am Klimaschutzkonzept Beteiligten aktiv anzugehen sind. So lässt sich dieses Verfahren als „Klimawerkstatt“ auch ohne ein bereits geplantes, umfassendes Klimaschutzkonzept nutzen: Es ist ein erster Schritt, um die Bürgerschaft einzubinden und ihre Meinungen und Vorschläge als Grundlage für jedwede kommunale Vorhaben zum Klimaschutz heranzuziehen.

„Wir sind auf dem richtigen Weg.“

OB Peter Rosenberger nach dem Auftakt in Horb

Kontakt:

**Stadt Horb, Fachbereich Technische Betriebe / Umweltschutz
Eckhardt Huber
Marktplatz 8
72160 Horb am Neckar
Telefon: 07451/901-263
Fax: 07451/901-390
E-Mail: e-huber@horb.de
Internet: www.horb.de**

VORBEREITENDE PLANUNGSWERKSTATT

[ROTTENBURG]

Die Stadt Rottenburg hatte 2006 ein Institut beauftragt, ihren damals rund acht Jahre alten Stadtentwicklungsplan fortzuschreiben und zuvor einer Wirkungsanalyse zu unterziehen. Dabei stellte sich heraus, dass der Plan manche Themenbereiche nicht (mehr) ausreichend berücksichtigte – darunter die Themen Innenstadtentwicklung, demografischer Wandel, Klimaschutz. Diese Defizite wollte die Stadt nun beheben, indem sie zu den besonders untergewichteten Themenbereichen insgesamt vier Leitprojekte definierte und dafür jeweils eine Planungswerkstatt gründete. Zugleich nutzte sie die anstehende Überarbeitung dazu, ihre gut 40.000 Einwohner zählende Bürgerschaft an der Stadtentwicklungsplanung zu beteiligen.

Das Ziel der Planungswerkstatt Klimaschutz lautete, die Grundlagen für die Erstellung eines Klimaschutzprogramms zu erarbeiten. Kreative Ansätze sollten diskutiert und konkrete Vorschläge gefunden werden, wie der Klimaschutz speziell bezogen auf die Situation in Rottenburg vorangebracht werden konnte.



Im Herbst 2007 lud die Stadt gezielt Funktionsträger und Interessenvertreter aus Politik, Verwaltung und des Klimaschutzes ein und rief im Amtsblatt öffentlich zum Mitmachen auf. Den gemeinsamen Auftakt zu allen vier Werkstätten bildete eine Abendveranstaltung in der Zehntscheuer; an die 150 Teilnehmer waren dabei. Eine Woche später tagte die Planungswerkstatt Klimaschutz zum ersten Mal. 22 Bürgerinnen und Bürger nahmen teil (viel mehr sollten es auch nicht sein – die Teilnehmerzahl war auf 25 begrenzt), die Mehrzahl in Doppelfunktion. Denn viele saßen zugleich als Vertreter des Gemeinderats, der Stadtverwaltung, einer Agendagruppe, Energieagentur oder der Stadtwerke am Tisch.

Die Werkstatt wurde anfangs im Monats-, später im Zweimonatsrhythmus veranstaltet. Die Leitung übernahm ein auf Klimaschutz spezialisierter Moderator. Mitte 2009 erhielt die Gruppe die Aufgabe, als Expertengremium an der Erstellung des Klimaschutz- und Energiekonzepts der Stadt mitzuwirken und die dabei vorgesehene Bürgerbeteiligung zu planen. Inzwischen hat sich die Planungswerkstatt in Klimawerkstatt umbenannt, bildet immer wieder neue, projektbezogene Arbeitsgruppen (die sich an dem Ende 2010 fertiggestellten Klimaschutzkonzept orientieren) und trifft sich in der großen Runde nur noch zwei Mal im Jahr.

Kontakt:
Stadt Rottenburg am Neckar
Christiane Bäumer, Umweltbeauftragte
Marktplatz 18
72108 Rottenburg am Neckar
Telefon: 07472/165-285
Fax: 07472/165-377
E-Mail: umwelt@rottenburg.de
Internet: www.rottenburg.de

JUGENDWERKSTATT **[HEIDELBERG]**

Im knapp 150.000 Einwohner großen Heidelberg fand 2007 im Rahmen eines vom Land geförderten Modellprojekts ein Jugendklimaworkshop statt, veranstaltet vom BUND Heidelberg und u.a. unterstützt von Fachämtern der Stadt. 40 Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren arbeiteten während der dreitägigen Werkstatt zu Klimawandel und Klimaschutz engagiert und konzentriert zusammen (siehe Fotos). Begleitet von einer Umweltpsychologin und einem Umweltberater des BUND, haben sie sich in Arbeitsgruppen mit den Themen erneuerbare Energien, Stadtentwicklung, Verkehr, Flächennutzung und Lebensstile auseinandergesetzt und Projektideen entwickelt. Eine Gruppe hat zudem Kriterien für gute Jugendklimaschutzprojekte ausgearbeitet. Vor und zwischen den Arbeitsphasen gab es kurze Fachvorträge, Filme, Besichtigungen, eine Einführung in Recherchearbeit, Diskussionen mit Fachleuten der Stadtwerke, aus der Stadtverwaltung und von Forschungsinstituten.

Die Werkstatt diente dazu, Einblick in die Sichtweisen von Jugendlichen zu erhalten und ihre Ideen zu erfahren. Ihre Handlungsempfehlungen wurden dem Jugendgemeinderat übergeben. Weitere Ziele waren, Klimaschutz als Bildungsthema zu stärken, das eigene Handeln bewusst zu machen und soziale Kompetenz zu fördern.

Ein Drittel der Jugendlichen wollte dauerhaft am Thema weiterarbeiten und gründete die BUNDjugend Heidelberg. Deren Initiative gegen Heizpilze hat die Stadt übrigens aufgegriffen: Sie hat in ihrem Zuständigkeitsbereich den Einsatz von Heizpilzen inzwischen untersagt. Generell



sei wichtig, so ein Fazit aus dem Projekt, dass die Stadt willens ist, die Jugendlichen einzubeziehen und ihre Vorschläge ernsthaft zu prüfen. In Heidelberg bedeutete das: Neben den Gesprächen mit Fachleuten der Stadt und dem Austausch mit dem Jugendgemeinderat konnten die Jugendlichen ihre Ergebnisse dem Heidelberg Kreis Klimaschutz und Energie (mehr dazu auf Seite 20) präsentieren. Der OB war ebenfalls dabei.

Der Workshop wurde 2011, gesponsort von den Stadtwerken und einer Bank und mit Unterstützung des Stadtjugendrings, unter dem Namen „Jugendklimagipfel“ wiederholt. Neu war, dass die Jugendlichen diesmal ihre Themen selbst bestimmten. Der Gipfel soll künftig alle zwei Jahre jeweils für die Klassenstufen zehn bis zwölf stattfinden. Er ist ein Modellprojekt zum Nachmachen: Eine eigene Homepage informiert ausführlich über Arbeitsweise und Ergebnisse, und die Projektleiter helfen dabei, die Methode auf andere Gemeinden zu übertragen.

Kontakt:
BUND Umweltzentrum Heidelberg
Stephan Pucher
Hauptstraße 42
69117 Heidelberg
Telefon: 06221/182631
Fax: 06221/7192352
E-Mail: bund.heidelberg@bund.net
Internet: <http://vorort.bund.net/jugendklimaworkshop.de>

VORBILDICHE WERKSTATT FÜR KLEINE GEMEINDEN [WESSLING]

Blick über die Landesgrenze nach Bayern und auf ein bundesweites Modellprojekt, das zum Vorbild für die Gemeinden einer ganzen Region wurde: die Klimaschutzwerkstatt im 5.000 Einwohner kleinen Weßling, Kreis Starnberg. Das Beispiel veranschaulicht, wie die Methode speziell in kleinen Kommunen eingesetzt werden kann.

Weßling ist Teil der „Klimaregion Fünfseenland“, zu der insgesamt 15 Gemeinden gehören. In allen wurden nacheinander Klimaschutzwerkstätten durchgeführt – Weßling war Vorreiter: Im März 2010 luden die beauftragten Fachbüros zur auf nur drei Stunden angesetzten Werkstatt ein, via Presse, Plakat und den lokal gut verankerten Energie-wendeverein. 40 Bürgerinnen und Bürger kamen. Nach einer einstündigen Informationsphase wurden Projektideen für einen effektiven Klimaschutz in Weßling gesammelt (siehe Foto). Arbeitsgruppen bildeten sich und entwickelten die Ideen innerhalb einer knappen Stunde weiter, präsentierten sie im Plenum und ordneten sie acht vordefinierten Handlungsbereichen zu. Denn die Vorschläge sollten, in Expertenrunden und von den Fachbüros überprüft und weiterentwickelt, schließlich in das Integrierte Klimaschutzkonzept der Region einfließen. Es wurde Ende 2010 verabschiedet.

Kontakt:
Landratsamt Starnberg
Herbert Schwarz, Klimaschutzmanager
Strandbadstraße 2
82319 Starnberg
Telefon: 08151/148-442
Fax: 08151/148-524
E-Mail: umweltberatung@lra-starnberg.de
Internet: www.klimaregion-fuenfseenland.de

KLIMASCHUTZKONZEPTE UND LEITBILDER

Großer Überbau, am Ort verwurzelt.

Klimaschutzkonzepte und Leitbilder

Einen guten Einstieg in **kommunale Klimaschutzkonzepte** gibt der Leitfaden „Klimaschutz in Kommunen“ (siehe Kasten). Darin beschreibt das Deutsche Institut für Urbanistik ein idealtypisches Vorgehen, geht auf Schwerpunktbereiche ein – und zeigt die Faktoren auf, die für ein erfolgreiches Konzept ausschlaggebend sind. Dazu gehört:

- von Anfang an sektorenübergreifend denken,
- Partizipation bei der Erstellung gewährleisten, Akteure zusammenführen,
- Handlungsorientierung beachten,
- Ziele im kommunalen Klimaschutz festlegen,
- Erfolgskontrolle beschließen,
- Teilkonzepte bilden.

ERFOLGSFAKTOR PARTIZIPATION

Beteiligung hat dabei einen hohen Stellenwert. Zu den Zielen eines Klimaschutzkonzeptes muss laut Difu gehören, „die Expertise der Akteure in der Kommune zu nutzen und zusammenzuführen“. Der Beteiligungsprozess bei

der Erstellung dieser Konzepte sei für die Kommune eine Chance, alle wichtigen Akteure in Handlungskonzepte einzubinden und für die Umsetzung zu gewinnen.

Auf welcher unterschiedlichen Weise das in der Praxis gelingt, veranschaulichen die folgenden Beispiele: Sie reichen vom umfassenden Klimaschutzkonzept, realisiert vor allem in größeren Städten, bis zum **Leitbild**, die abgespeckte Alternative dazu. Besonders für kleinere Kommunen empfiehlt sich zudem der „eea – European Energy Award“ (siehe Kasten auf Seite 14). Er basiert auf einem Verfahren, das auf die Mitwirkung von Bürgerschaft und lokalem Know-How ebenfalls großen Wert legt und das viele praktische Hilfen bietet. Der erfolgreich durchlaufene Prozess ist dann eea-zertifiziert, und auch die nächsten Schritte lassen sich mit einem eea vergolden.

ZUM BEISPIEL?

Die Beteiligungsformen sind vielfältig: feste Arbeitskreise als Expertengremien, Akteursgespräche oder Verfahren wie die im vorigen Kapitel beschriebenen Runden Tische oder Zukunftskonferenzen. Die Beispiele zeigen konkret, welche Gruppen man wie einbinden kann, wenn es ans Erstellen von Klimaschutzkonzepten und Leitbildern geht.

Weitere Informationen:

- Leitfaden „Klimaschutz in Kommunen“, Difu – Deutsches Institut für Urbanistik. Download: <http://leitfaden.kommunaler-klimaschutz.de>.
- Ein von Umweltbundesamt und Bundesumweltministerium gefördertes Projekt unterstützt die Kommunen praxisnah: www.coaching-kommunaler-klimaschutz.net
- Über Förderungen informiert die Servicestelle Kommunaler Klimaschutz – Kontaktdaten siehe Seite 26.



ERSTELLEN EINES KLIMASCHUTZKONZEPTS

[KARLSRUHE]

Der fast 300.000 Einwohner große Stadtkreis Karlsruhe hat im April 2008 per Gemeinderatsbeschluss einen übergreifenden Arbeitskreis eingerichtet mit dem Ziel, ein Klimaschutzkonzept für Karlsruhe zu erarbeiten. Als Basis dienten Vorschlagspapiere der Lokalen Agenda 21 und des BUND sowie eine umfangreiche Bestandsaufnahme kommunaler Klimaschutzaktivitäten, die eine städtische Arbeitsgruppe 2008 vorgelegt hat. Der Arbeitskreis sollte nach dem Prinzip eines Runden Tisches alle wichtigen energiepolitischen Akteure einbinden.

Insgesamt 15 Gruppen und Institutionen trafen sich unter der Leitung des Umweltbürgermeisters im Rathaus: Vertreter aus den Bereichen Umwelt (BUND, Agenda-Arbeitskreis Energie), Wirtschaft (Architektenkammer, Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer), Wissenschaft (Universität, Forschungseinrichtungen), Politik (Gemeinderatsfraktionen), Stadtwerke, Stadtverwaltung. Sie diskutierten 2008 und 2009 in insgesamt acht Sitzungen einen umfassenden Handlungskatalog mit 80 Maßnahmenbereichen. Die städtische Verwaltung begleitete den Prozess zudem organisatorisch.

Das so erstellte Klimaschutzkonzept hat der Gemeinderat im Dezember 2009 einstimmig verabschiedet. Seither zeigt ein jährlicher Fortschrittsbericht, welche Maßnahmen angeschoben bzw. umgesetzt und welche (Teil-)Ziele erreicht worden sind.

„Unser Weg: Klimaschutz übergreifend und mit allen Akteuren der Stadt anzugehen und sie mit differenzierten Maßnahmen mitzunehmen.“

Bürgermeister Klaus Stapf, Karlsruhe

Das Foto oben rechts zeigt die Umsetzung einer der beschlossenen Maßnahmen: die Klimaschutzkampagne der Stadt Karlsruhe. Bürgerbeteiligung? Hier das Einzige, was zählt!

Kontakt:

Stadt Karlsruhe, Umwelt- und Arbeitsschutz

Daniel Hogenmüller

Markgrafenstraße 14

76131 Karlsruhe

Telefon: 0721/133-3104

Fax: 0721/133-3109

E-Mail: umwelt-arbeitsschutz@karlsruhe.de

Internet: www.karlsruhe.de/b3/natur_und_umwelt/klimaschutz.de

KLIMASCHUTZKONZEPT MIT AKTEURSGESPRÄCHEN

[AALEN]

Die Stadt Aalen (65.000 Einwohner) legte die Erstellung ihres Klimaschutzkonzepts Ende 2008 in die Hände der KEA – Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg, finanziell unterstützt durch ein bundesweites Förderprogramm. Dabei beschloss der Gemeinderat, Elemente der Bürgerbeteiligung und den Aufbau einer Kommunikationsstrategie fest im Erstellungsprozess zu verankern, um lokale Akteure einzubinden und einen breiten gesellschaftlichen Konsens für das Klimaschutzkonzept zu erreichen. Ein fünfköpfiger Lenkungsausschuss übernahm die Leitung des Prozesses und die Verzahnung seiner Projekte. Er führte



eine Auftaktveranstaltung durch und rief eine „Kommission Klimaschutzkonzept“ ins Leben, mit dem Ziel: Hierarchiespitzen, Multiplikatoren und Schlüsselpersonen aus Politik, Industrie und Wissenschaft einzubeziehen, wichtige Persönlichkeiten als Promotoren zu gewinnen und bestehende Initiativen zu integrieren (darunter die Energiekommission des Gemeinderats, Agenda-Energetisch und -Parlament, Energieagentur, Stadtwerke, das Energieteam eea – denn Aalen gehört zu den ersten eea-zertifizierten Gemeinden Baden-Württembergs). Die Mitglieder der Kommission waren aktiv am Erstellungsprozess beteiligt; z. B. in ihrer Funktion als Beirat, durch Workshops und durch die insgesamt zwölf Aktursgespräche, die sie mit Vertretern aus der Wohnungswirtschaft, Industrie, Politik, Handwerk und Verwaltung führten. Die Ergebnisse dieser Gespräche flossen in das Klimaschutzkonzept ein.

Die Arbeit in und mit der Kommission bildete zugleich die erste von drei Säulen der Öffentlichkeitsarbeit, die ja zusammen mit dem Aufbau einer Kommunikationsstrategie zum festen Bestandteil des Prozesses erklärt worden war. Als weitere Säulen kamen hinzu: begleitende Kommunikationsmaßnahmen für die einzelnen Prozessbausteine sowie eine eigene Homepage als umfassende Bürger-Info-Plattform im Internet (siehe Foto – es geht genau darum!).

Im Jahr 2010 hat der Aalener Gemeinderat das Klimaschutzkonzept verabschiedet.

Kontakt:
Stadt Aalen, Grünflächen- und Umweltamt
Helke Neuendorff, Klimaschutzmanager
Marktplatz 30
73430 Aalen
Telefon: 07361/52-1611
Fax: 07361/52-3602
E-Mail: helke.neuendorff@aalen.de
Internet: www.aalen-schafft-klima.de

EEA – EUROPEAN ENERGY AWARD

Der „eea – European Energy Award“ ist ein Qualitätsmanagementsystem und Zertifizierungsverfahren, mit dem die Energie- und Klimaschutzaktivitäten der Kommune erfasst, bewertet, geplant, gesteuert und regelmäßig überprüft werden. Der Rahmen, den der eea bietet, ist vor allem für kleinere Kommunen von Vorteil – sie können sich an einem vielerorts erprobten und bewährten Prozedere orientieren und erhalten viele Tipps für die Praxis.

Wichtigstes Werkzeug ist ein Katalog mit rund 100 energierelevanten Einzelmaßnahmen. Ist-Analyse ist Voraussetzung, Monitoring und Controlling sind feste Bestandteile – wobei der eea die erreichten Erfolge nicht nur dokumentiert, sondern auch auszeichnet.

Die Einführung des eea wird von speziell geschulten eea-Beraterinnen und -Beratern begleitet und vom Umweltministerium Baden-Württemberg finanziell gefördert. Landesweit zuständig ist die KEA, Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg, bei der auch weitere Informationen erhältlich sind. Kontaktdaten siehe Seite 26.

EIN AUSGEZEICHNETES LEITBILD

[WIERNSSHEIM]

Mit seiner umfassenden Klimaschutzkonzeption ist Wiernsheim vielfacher eea-Preisträger und gehört zu den Pilotkommunen, die 2006 den eea in Baden-Württemberg eingeführt haben. Die nur rund 6.500 Einwohner kleine Gemeinde kann auf eine lange Tradition in Sachen Klimaschutz und Bürgerengagement zurückblicken: Seit den 1980er Jahren betreibt sie kommunalen Klimaschutz gemeinsam mit ihren Bewohnern, lokalen Gewerbetreibenden und Fachberatern. Besonders aktiv ist dabei der ehrenamtliche Bürgerarbeitskreis ExWoSt, der 1993 im Rahmen des Förderprogramms „Experimenteller Wohnungsbau in Städten und Gemeinden“ gegründet worden ist und der 1995 eine erste Energie- und CO₂-Bilanz erstellt hat. Darauf baute der Arbeitskreis 2006 auf, als er beschloss, am eea teilzunehmen und ein Energieleitbild für Wiernsheim zu erstellen – damals wie heute fachkundig unterstützt vom Energieberatungszentrum Pforzheim. Ein Jahr lang hat er Vorarbeit geleistet, z. B. Anlagen erfasst,



und in insgesamt fast zehn Sitzungen die Ergebnisse und das weitere Vorgehen diskutiert. In dieser Zeit hat sich der Arbeitskreis als ExWoSt II neu aufgestellt. Er umfasst 15 bis 18 Aktive und trifft sich etwa zehn Mal im Jahr. Zu seinen Zielen gehört, eine möglichst breite Öffentlichkeit anzusprechen und zu informieren und seine Mitbürger direkt zu beraten (Foto oben Mitte).

2007 wurde das Leitbild vom Gemeinderat verabschiedet und wird seither kontinuierlich fortgeschrieben. Seine Leitsätze umfassen vier Bereiche: Energieverbrauch und Umweltbelastungen reduzieren; den notwendigen Energiebedarf zweckmäßig decken; Öffentlichkeitsarbeit; Ausführung, interne Organisation und Kommunikation. 2008 hat ExWoSt II die Energie- und CO₂-Bilanz der Gesamtgemeinde aktualisiert. Der im Leitbild festgeschriebene ganzheitliche Ansatz begünstigt, dass viele Projekte angestoßen und realisiert werden. Hierzu zählt etwa der Bau eines Plus-Energie-Kindergartens.

Kontakt:
Arbeitskreis ExWoSt II
Achim Stuible, Vorsitzender
Rolf-Scheuermann-Straße 33
75446 Wiernsheim
Telefon: 07044/906280
Fax: 07044/906283
E-Mail: achim.stuible@t-online.de
Internet: www.wiernsheim.de/wiernsheim/energiegemeinde

INTEGRIERTES STADTENTWICKLUNGSKONZEPT UND „ENERGIESTADT“ [FILDERSTADT]

Für das knapp 45.000 Einwohner große Filderstadt hat Bürgerbeteiligung einen wichtigen Nebeneffekt: Die Mitwirkung der Bürger stärkt den Zusammenhalt und führt dazu, dass die Identifikation mit der aus vormals eigenständigen Gemeinden entstandenen Stadt wächst. Der bisherige Gip-

fel der Beteiligung erfolgte im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK). Das sehr umfassende Konzept enthielt zehn Bereiche – „Energie und Klima“ entwickelte sich im Prozessverlauf zum Schwerpunkt. Vorschläge für eine „Energierstadt“ entstanden.

2009 startete der Prozess mit einer 1,5-tägigen Zukunftswerkstatt. Rund 120 Filderstädter nahmen teil – etwa ein Drittel davon rekrutierte sich aus Gemeinderat und Stadtverwaltung, der überwiegende Rest kam aus der Bürgerschaft. Die Werkstatt diente dazu, die Lebensqualitäten in Filderstadt zu definieren, an vorbereiteten Zukunftsfragen zu arbeiten, daraus Leitziele abzuleiten und konkrete Projektideen und Maßnahmen zu entwickeln. Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen bildeten sich – unterstützt durch Fachleute und moderiert von Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die zudem die Ergebnisdokumentation übernahmen. Die Gruppe „Energierstadt“ formulierte Maßnahmen u.a. zu Energieeffizienz, regenerativer Energieerzeugung und zur Förderung von Bürgerenergiegenossenschaften. Die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt dienten als Grundlage für den ersten, von der Stadtverwaltung erstellten ISEK-Entwurf, der 2010 bei einer halbtägigen Stadtkonferenz mit ebenfalls rund 120 Teilnehmern beurteilt wurde.

Kontakt:
Stadtverwaltung Filderstadt
Referat für Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung
Thomas Haigis
Martinstraße 5
70794 Filderstadt-Bernhausen
Telefon: 0711/7003-375
Fax: 0711/7003-376
E-Mail: thaigis@filderstadt.de
Internet: www.filderstadt.de

ARBEITSKREISE, AGENDAGRUPPEN, VEREINE



Platz für Ideen und Sachverstand.

Arbeitskreise, Agendagruppen, Vereine

Für einen wirkungsvollen Klimaschutz gilt es, den Sachverstand der Bürgerinnen und Bürger und ihr Wissen um die örtlichen Gegebenheiten zu nutzen, um gemeinsam Weichen zu stellen, Vorhaben anzustoßen und so die Zukunft der Gemeinde klimafreundlich zu gestalten. Themenbezogene **Bürgerarbeitskreise, Agendagruppen** oder **Vereine** schaffen hierfür feste Strukturen des Engagements und der Kooperation mit der Kommune. Wichtig ist: Es sind ein paar sehr aktive Ehrenamtliche dabei, die dies vorantreiben und um die sich ein fester Kern von Aktiven scharf.

HILFE VON ALLEN SEITEN

Wichtig ist, je nach Thema die entsprechenden Multiplikatoren einzubinden; beim Thema Energie etwa das Handwerk. Gearbeitet wird an konkreten Vorhaben, in deren Verlauf oft Schulen oder andere Einrichtungen und weitere Bürger einbezogen werden. Die Schwerpunkte liegen meist auf dem Informieren der Bevölkerung etwa bei Energietagen und dem Bau von Bürgersolaranlagen.

Was tun die Kommunen? Sie benennen Ansprechpartner in der Verwaltung, pflegen regelmäßigen Kontakt und leisten logistische Hilfe: Die meisten Kommunen unterstützen Arbeitskreise und Bürgerprojekte, indem sie Räumlichkeiten und Gemeindemedien zur Verfügung stellen. Viele Kommunen helfen außerdem mit Zuschüssen, oder durch die Freigabe gemeindeeigener Dächer für Solaranlagen der Bürgerschaft.

ZUM BEISPIEL?

Im Folgenden wird zunächst die Gründung eines Klimaschutz-Arbeitskreises am konkreten Beispiel aufgezeigt. Welche Bandbreite solche Initiativen haben, das veranschaulichen im Anschluss: eine Solarinitiative, angesiedelt unter dem Dach einer kleinen Kommune, der Energie-Arbeitskreis einer Lokalen Agenda 21 sowie ein Klimaschutz-Arbeitskreis mit wichtigen Multiplikatoren, der wie ein Runder Tisch aufgebaut ist. Hinzu kommt ein Solarverein, der sich gleich auf mehrere Kommunen erstreckt, Mitinitiator einer Energiegenossenschaft ist und seinen Aufgabenschwerpunkt auf das Nutzen von Gemeindedächern für Bürgersolaranlagen legt.

Weitere Informationen:

- Das LUBW-Agenda-Büro informiert über Fördermöglichkeiten und Beispiele. Kontaktdaten siehe Seite 26.



BEISPIEL FÜR DIE GRÜNDUNG EINES KLIMASCHUTZ-ARBEITSKREISES [WEINHEIM]

Ob Arbeitskreis oder Runder Tisch – welche Aspekte beim Gründungsprozess zu bedenken sind, lässt sich gut an diesem Beispiel aus der 43.000-Einwohner-Gemeinde Weinheim nachvollziehen. Erste Schlüsse aus dem 2011 gestarteten Prozess in Stichworten:

- Einen professionellen Moderator mit Erfahrung im Energiebereich dazuholen, der zumindest die Treffen leitet.

Zum ersten Termin lokale Akteure telefonisch / persönlich einladen: Gemeinderat, Stadtverwaltung, Energieversorger, Abwasserverband; Banken, Innungen, große ortsansässige Firmen; Firmen und Berater aus der Energiebranche; Lokale Agenda 21.

- Presse zu einem Gespräch und zum ersten Termin einladen.

- Erster Termin: große Vorstellungsrunde mit Präsentation möglicher Themen. Interessen und Motive der Teilnehmer per Fragebogen erheben, auch zwecks Bildung von Arbeitsgruppen. Teilnehmerliste inkl. Mailadressen anlegen (Kommunikation zwischen den Terminen erfolgt möglichst ausschließlich per E-Mail).

- Zweiter Termin: Sortieren der Themen per Mindmap. Themen bündeln und Arbeitsgruppen bilden, mit mindestens fünf bis zehn Personen pro Gruppe.

- Dritter Termin: erstes Arbeiten in Arbeitsgruppen. Gliedern der Folgetermine: 30 Minuten Plenum zu Beginn, kurze Referate von Teilnehmern über Energiethemen zur Weiterbildung. 60 – 90 Minuten Arbeit in Arbeitsgruppen. 30 Minuten Plenum mit Präsentation der Arbeitsergebnisse und Vereinbaren des weiteren Vorgehens.

„Beteiligung fördert Akzeptanz. Wir wollen mit unseren Bürgern die Wege in eine möglichst energieautarke Zukunft gestalten.“

Bürgermeister Dr. Torsten Fetzner

Wichtige Aspekte: Ergebnisprotokolle mit klaren Aufträgen und Verantwortlichkeiten erstellen und zu Beginn der nächsten Sitzung durchsprechen. Im Protokoll müssen sich alle wiederfinden, auch unbequeme Beiträge und Meinungen. Die Mitarbeit in den Arbeitskreisen beruht auf Freiwilligkeit, deshalb: Humor, Spaß und Begeisterung nicht vergessen und auf gute, vertrauensvolle Atmosphäre achten!

Info-Fluss zwischen Runder Tisch, Verwaltung und Politik zu allen relevanten Energiethemen gewährleisten, damit das Bürgerengagement nicht zur parallelen Spielwiese verkommt. In der Verwaltung braucht es eine/n Ansprechpartner/in zwischen den Terminen und für Protokolle und Einladungen; dafür mindestens zwei Arbeitstage pro Monat einplanen.

In Weinheim kamen bei den ersten Runden Tischen jeweils rund 40 Bürgerinnen und Bürger zusammen (im Rathaus, siehe Foto). Bereits am Gründungsabend bildeten sich zwei Arbeitsgruppen mit konkreten Aufgaben: die Arbeitskreise „Energiesparen und Gebäudesanierung“ und „Photovoltaik und Solarthermie“. Beim nächsten Abend vier Wochen später kam die Gruppe „Öffentlichkeitsarbeit“ dazu. Weitere Themen wie auch Neueinsteiger sind ausdrücklich willkommen.

Kontakt:
Stadt Weinheim, Bauverwaltungsamt
Manfred Schmitt
Obertorstraße 9
69469 Weinheim
Telefon: 06201/82-327
Fax: 06201/82-504
E-Mail: m.schmitt@weinheim.de
Internet: www.weinheim.de



SOLARINITIATIVE [STRAUBENHARDT]

Ein rühriger Arbeitskreis in einer nur rund 12.000 Einwohner zählenden Gemeinde: Die Solarinitiative Straubenhardt, eine Gruppe von sieben Ehrenamtlichen, setzt sich unter dem Dach des Bürgerschaftlichen Engagements Straubenhardt (das ist eine Einrichtung der Gemeinde) für die Nutzung von erneuerbaren Energien ein. Schwerpunkt ihrer Arbeit ist zum einen eine sehr ideenreiche und vielfältige Öffentlichkeitsarbeit. Zum anderen beteiligt sich die Initiative federführend an der Installation von Bürgersolaranlagen. Aus einem solchen Anlass heraus hat sie sich 2003 auch gegründet. Seitdem errichtete sie insgesamt fünf Bürgersolaranlagen auf Dächern und, da in der Gemeinde keine weiteren großen öffentlichen Dachflächen mehr zu bestücken waren, zwei Freiflächenanlagen.

Die Finanzierung der Anlagen läuft über eigens gebildete Gesellschaften bürgerlichen Rechts. Die kaufmännische Abwicklung übernimmt in der Regel das Rechnungsamt der Gemeinde, die technische Betreuung bleibt bei der Initiative. Bei allen Anlagen sorgen Straubenhardter Bürgerinnen und Bürger als Privatinvestoren für das notwendige Eigenkapital – auch bei der mit Abstand größten Anlage, dem Solarpark Feldrennach, der auf einer ehemaligen Deponie Platz fand.

Um die Bürgerinnen und Bürger immer wieder neutral und aktuell über die Nutzung regenerativer Energien zu informieren, beteiligt sich die Initiative an Kampagnen wie „Woche der Sonne“, „Wärme von der Sonne“ und an den Energietagen Baden-Württemberg. Die einzelnen Aktionen sind sehr unterschiedlich – sie reichen von Fachschauen in Form einer „Straße der erneuerbaren Energien“ und einem „Tag der offenen Heizungsanlage“, von Füh-

rungen durch den Solarpark oder durch ein Plus-Energie-Haus bis zum Ferienworkshop „Wir bauen einen Solar-kocher“ und zum Energie-Expertenkurs für Grundschul-kinder (siehe Foto oben rechts). Die Initiative ist mit Infostand auf Märkten und bei Herbst- und Frühlings-festen präsent. Sie führt Baumpflanzaktionen durch, lädt zu Vortrags- und Filmabenden und veranstaltet regelmäßig Wanderungen zu erneuerbaren Energien, mit Stationen etwa bei Biomasseheizwerk, Solarpark oder im „Wald und seinen Nutzungsformen“. Radtouren stehen ebenfalls auf dem Programm; sie führen unter dem Motto „Wind, Holz, Sonne“ auch zu einstigen Wasser- und künftigen Windkraftstandorten.

Bei all diesen Aktivitäten wird die Initiative in vielfacher Weise von der Gemeinde unterstützt: Sie stellt Räume für Sitzungen und Veranstaltungen im Kultur- und Bürgerzentrum zur Verfügung, wofür es auch ein Budget gibt. Für Bürgersolaranlagen können die Dächer von kommunalen Gebäuden kostenlos genutzt werden, für die Öffentlichkeitsarbeit steht der Initiative das Gemeindeblatt offen. Gemeinderäte sind in der Initiative vertreten – es besteht also ein direkter Kontakt zum Rat, der Vorschläge zur Energiepolitik einbringt. Auch zum Bürgermeister gibt es den „kurzen Draht“; die Initiative bespricht neue Projekte mit ihm.

Kontakt:
Bürgerschaftliches Engagement Straubenhardt
Solarinitiative
Angela Gewiese
Kontaktbüro im Kultur- und Bürgerzentrum „Villa Kling“
Am Hasenstock 21
75334 Straubenhardt
Telefon: 07082/4131330
Fax: 07082/4131331
E-Mail: be.villa-klng@straubenhardt.com
Internet: www.straubenhardt.de/BE



AGENDA-ARBEITSKREIS ENERGIE

[HERRENBERG]

Auch der Arbeitskreis Energie (AKE) der Lokalen Agenda 21 Herrenberg kann auf vielfältige Aktionen und auf ebenso beeindruckende wie messbare Erfolge im lokalen Klimaschutz zurückblicken. Die Stadt Herrenberg, eine zur Region Stuttgart gehörende Gemeinde mit rund 40.000 Einwohnern, trat auf Betreiben des AKE im Jahr 2000 dem Klimabündnis europäischer Städte und Gemeinden bei – da war der Arbeitskreis gerade mal ein Jahr alt. Bereits im Jahr darauf ging die erste vom AKE vorgeschlagene solare Großanlage in Betrieb: Solar-Absorbermatten zum Erwärmen des Wassers im Herrenberger Freibad. Weitere lokale Vorhaben wie zum Beispiel die im Foto oben abgebildeten sparsamen, solarbetriebene Straßenlampen kommen laufend dazu. Jahr für Jahr größer wird seit 2002 das „Herrenberger Sonnendach“: Die nach dem Modell der Bruchteilsgemeinschaft gebaute Bürgergemeinschaftsanlage erstreckt sich auf nunmehr neun (Schul-)Dächer.

Die Leistungskraft des Arbeitskreises selbst basiert auf seinen zahlreichen, aus unterschiedlichen Bereichen stammenden Ehrenamtlichen, die sich jeden Monat ein Mal treffen, um sich auszutauschen, zu planen und Aufgaben zu verteilen. Der AKE ist lokal wie überregional gut vernetzt und vereint ein breites Spektrum an Wissen und Erfahrungen: Die derzeit 17 Aktiven sind gelernte Architekten, Ingenieure (Maschinenbau, Elektrotechnik, Informatik, Photovoltaik, Geologie), Volkswirte, Energieberater, Physiker. Ihre Aufgabenschwerpunkte sind die Öffentlichkeitsarbeit, das Zuarbeiten für Gemeinderat und Stadtver-

waltung und das Planen und Umsetzen von Projekten mit den Zielen: Energie sparen, erneuerbare Energieerzeugung voranbringen, Klima schützen.

Was das konkret bedeutet? Bei der „Bauberatung Energie“ können sich jeden zweiten Dienstagabend im Monat bis zu drei Interessierte bei einem Architekten oder Energieberater des AKE informieren. Hinzu kommen Vorträge und Exkursionen, Info-Stände, ein Lampen-Demonstrationsstand (im Bild oben rechts) und eine ausführliche Homepage, dazu Berichte im Amtsblatt und in den lokalen Tageszeitungen etwa über den „Energiesparer des Monats“. Plus die kontinuierliche Information über den aktuelle Größe und Leistungskraft des Herrenberger Sonnendachs zusammen mit den örtlichen Stadtwerken. Seit 2011 arbeitet der AKE überdies an der Erstellung eines Klimaschutzkonzepts für den Landkreis Böblingen mit.

AKE und Stadtverwaltung arbeiten eng zusammen und pflegen regelmäßigen Kontakt, wobei das Agenda-Büro als Bindeglied fungiert. Die Stadt stellt Räume, das Gemeindeblatt und kommunale Dächer für Bürgersolaranlagen zur Verfügung und unterstützt den AKE überdies auch finanziell. Der AKE berichtet dem Gemeinderat von seinen Vorhaben – wobei viele ja von der Kommune selbst umgesetzt werden.

„Die Mitglieder des AKE stellen der gesamten Herrenberger Bürgerschaft ihr umfassendes Fachwissen ehrenamtlich zur Verfügung.“

OB Thomas Sprißler

Kontakt:
Arbeitskreis Energie der Lokalen Agenda 21 Herrenberg
Konrad Herz
Grafenweg 9
71083 Herrenberg
Telefon: 07032/26608
E-Mail: home@agenda21-energie-herrenberg.de
Internet: www.agenda21-energie-herrenberg.de



KLIMASCHUTZ-ARBEITSKREIS MIT MULTIPLIKATOREN [HEIDELBERG]

Im „Heidelberg Kreis Klimaschutz und Energie“ werden die Leitlinien der Heidelberger Klimaschutzpolitik abgestimmt und fortlaufend neue Projekte für die knapp 150.000 Einwohner große Universitätsstadt konzipiert. Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft arbeiten hier zusammen: Firmen, Handwerk, Kammern und Verbände, Kirchen, Gewerkschaften und Vereine, Volkshochschule, Unternehmensberater und Wohnbaugesellschaften, Forschungsinstitute, die Universität, die US-Armee, die Stadtwerke Heidelberg AG. Mit Bürgermeister und Umweltamt ist die Stadtverwaltung stark vertreten; unter ihrer Federführung trifft man sich regelmäßig mindestens zwei Mal im Jahr.

Das hat bereits Tradition. Denn der Kreis ist 2002 aus dem Runden Tisch Solar und dem Koordinationskreis Energie entstanden, deren Wurzeln bis weit in die 1990er Jahre zurückreichen. Schon seit 1992 besitzt die Stadt ein Klimaschutzkonzept; an seiner Fortschreibung 2004 war der Heidelberger Kreis beteiligt. Und diese lange Geschichte zeigt auch längst Wirkung. Neue Anlaufstellen für Wirtschaft und Bürgerschaft sind entstanden, darunter 1997 die Klimaschutz- und Energieberatungsagentur Heidelberg-Nachbargemeinden (KliBA), die erste regionale Energieagentur in Baden-Württemberg. Zahlreiche Projekte sind im Laufe der Jahre ins Leben gerufen worden.

Neben der langen und kontinuierlichen Zusammenarbeit und den vielen bereits erreichten Erfolgen im Klimaschutz ist das Besondere an diesem Beispiel aber, dass der Heidelberger Kreis explizit auf den Multiplikatoreffekt setzt.

Ziel ist, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen, den Klimaschutzgedanken in allen Bereichen zu verankern und dadurch sowohl zu mehr, als auch zu wirkungsvolleren Maßnahmen zu kommen. Das Prinzip ist simpel: Die Mitglieder des Kreises setzen das Energiesparen und den Klimaschutz in ihren eigenen Einrichtungen um, was dann wiederum als Vorbild dient für weitere Akteure in den jeweiligen Arbeits- und Lebensbereichen, Stadtteilen und anderen Aktionsfeldern. Auf diese Weise will sich der Kreis auch in Zukunft weiterdrehen – weitere Kooperationspartner finden, neue Foren und Arbeitskreise initiieren und die nächsten Projekte für den Klimaschutz anstoßen.

Kontakt:
Stadt Heidelberg
Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie
Robert Persch
Verwaltungsgebäude Prinz Carl, Kornmarkt 1
69117 Heidelberg
Telefon: 06221/58-45321
Fax: 06221/58-4645321
E-Mail: robert.persch@heidelberg.de
Internet: www.heidelberg.de



SOLARVEREIN ALS MITINITIATOR VON ENERGIE-GENOSSENSCHAFT UND BÜRGERSOLARANLAGEN [WEISSACH]

Der Name sagt's: Der Solar e.V. Weissacher Tal/Backnanger Bucht/Welzheimer Wald, gegründet 1994 mit Sitz in Weissach, besitzt eine große regionale Ausdehnung. Er umfasst viele kleine bis mittelgroße Gemeinden; die größte, Backnang, hat 35.000 Einwohner. Als eingetragener, gemeinnütziger Verein mit regelmäßigen Berichten und mehrköpfigem Vorstand gibt er seiner Arbeit und seinen rund 150 Mitgliedern eine feste, verlässliche Struktur. Drei Aufgabenfelder hat der Solar e.V. für sich definiert:

1. Einfluss nehmen auf die Energiepolitik der Gemeinden (Stichwort Energieautonomie, klimaneutrale Kommune).
2. Das Anstoßen und Moderieren von Meinungsbildungsprozessen. Mit Sommerferienprogramm und Energieerlebnisreisen (siehe Fotos; rechts der Besuch eines Bioenergie-dorfs), Film- und Vortragsabenden, Seminaren, regionalen Klimaschutzkonferenzen und durch die Vernetzung mit Umweltämtern und anderen Akteuren.
3. Das Initiieren von Bürgerenergieanlagen.

Dabei kümmert sich der Solar e.V. um Anschubfinanzierungen, liefert verfahrensrechtliche Informationen und berät in puncto Technik – egal ob für Biogas-, Bürger-Wind- oder -Solaranlagen oder für Nahwärmenetze. Mitglieder des Solarvereins wirkten bisher bei über 100 privaten Solaranlagen in Selbstbaugruppen mit oder gaben Anleitung zur Selbsthilfe. 2002 errichtete der Solarverein selbst zwei PV-Anlagen auf Schuldächern. Dann ging er über zu größeren Vorhaben – zum einen im Rahmen der Energiegemeinschaft Aspach: Zusammen mit der Gruppe „Aspach hat Energie“ hat der Verein seither viele weitere

Solarstromanlagen am Ort errichtet. Und zum anderen im Rahmen der Energiegemeinschaft Weissacher Tal. 2008 gemeinsam mit Raiffeisenbank und Gemeinde Weissach ins Leben gerufen, um Projekte zur Erzeugung erneuerbarer Energien auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene zu initiieren, zu fördern und zu betreiben, wurde hier als Rechtsform die eingetragene Genossenschaft gewählt. Stand April 2012 hat die eG bereits zehn PV-Anlagen installiert. Rund 250 Genossenschaftsmitglieder sind mit ihrem Anlagevermögen daran beteiligt.

Die Gemeinden unterstützen den Solarverein und arbeiten eng mit ihm zusammen. So stellt die Gemeinde Weissach Dächer für Bürgersolaranlagen der eG sowie Räume und logistische Hilfe für Veranstaltungen und Aktionen zur Verfügung, und Mitglieder des Vereins können zu aktuellen Themen wie der Windenergie im Gemeinderat vortragen. Aspach fördert die Arbeitsgruppe „Aspach hat Energie“ und ist auch Mitglied im örtlichen Solarverein. In regelmäßiger Zusammenarbeit von Gemeindeverwaltung, Energieagentur Rems-Murr und den ehrenamtlichen, sachkundigen Mitgliedern des Solarvereins wird der Bevölkerung monatlich eine kostenlose Energieberatung angeboten.

Kontakt:

Solar e.V. Weissacher Tal / Backnanger Bucht / Welzheimer Wald
Peter Brinkmann, Vorsitzender
 Römerweg 45
 73642 Welzheim
 Telefon: 07182/3351
 Fax: 07182/935309
 E-Mail: info@brinkmann-architektur.de
 Internet: www.solarweissach.de, www.energiegemeinschaft-aspach.de, www.energie-wt.de

UMFRAGEN UND BÜRGERGUTACHTEN

Meinung ist gefragt.

Umfragen und Bürgergutachten

Ein bunter Mix an Methoden und Möglichkeiten steht zur Verfügung, um Bürgermeinung einzuholen. Das dient natürlich primär dem Ziel, den Sachverstand der Bürgerschaft zu nutzen. Gleichzeitig eröffnet sich damit aber auch die Chance, Bürgerinnen und Bürger zu aktivieren und an der Gestaltung des Gemeindelebens zu beteiligen.

MITTEL ZUR MOTIVATION

Die **Bürgerbefragung** ist eine Methode, die dazu dient, systematisch Informationen über die Bedürfnisse, die Zufriedenheit, die Einschätzungen und die Erwartungen von den Einwohnerinnen und Einwohnern einer Kommune zu gewinnen. Sie ist ein gutes Mittel, um den Dialog zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft einzuleiten bzw. fortzuführen. Bürgerbefragungen können sich auch nur auf einzelne Themen und Vorhaben beziehen.

Bürgergutachten werden von ausgewählten Bürgern erstellt. Das Verfahren geht auf die von Peter C. Dienel entwickelte Planungszelle zurück. Das Prinzip ist simpel:

Im Zufallsverfahren ausgewählte Bürger erstellen nach eingehender Sachinformation unter fachkundiger Moderation Lösungsvorschläge für ein vorgegebenes Problem. Die Ergebnisse werden zum Schluss in einem Bürgergutachten zusammengefasst, das dem Auftraggeber (i.d.R. die Gemeindeverwaltung) und den entscheidenden Instanzen (Gemeinderat) übergeben wird.

Die Bodensee-Agenda 21 in Vorarlberg, Österreich, hat einen **Projekt-Check** namens „Unternehmen 21“ entwickelt. Pilothaft ist er inzwischen auch in deutschen Kommunen angewendet worden. Der Projekt-Check nimmt geplante Vorhaben anhand eines vorgegebenen Kriterienkatalogs unter die Lupe und ist im Grunde eine Art Bürgergutachten.

ZUM BEISPIEL?

Auch diese Methoden werden im Folgenden am konkreten Beispiel veranschaulicht: durch eine Bürgerumfrage zur Windenergie, eine Bürgerbefragung als Baustein eines Klimaschutzkonzepts, ein Bürgergutachten samt -befragung zur künftigen Wärmeenergieversorgung sowie durch einen Projekt-Check für eine große Photovoltaik-Freiflächenanlage.

Weitere Informationen:

- **Arbeitsmaterialie „Bürgerbefragungen in kleineren Kommunen“ des Agenda-Büros Baden-Württemberg.** Download unter www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/75056/.
- **Im Internetportal „Wegweiser Bürgergesellschaft“ stehen unter der Rubrik „Praxishilfen“ umfassende Infos etwa zur aktivierenden Befragung bereit.** www.buergergesellschaft.de.
- **Alles über den Projekt-Check „Unternehmen 21“ mit Informationen zum Verfahren und zehn Beispielen aus der Praxis gibt es im Internet unter:** www.unternehmen21.org.



BÜRGERBEFRAGUNG IM RAHMEN EINES KLIMASCHUTZKONZEPTS [LUDWIGSBURG]

Gleich am Anfang des Prozesses zur Erstellung des Ludwigsburger Gesamtenergiekonzepts (GEK; siehe Kapitel I) fand eine Fragebogenerhebung im Schlösslesfeld statt. Alle Haushalte des Stadtteils – immerhin etwa 2.800 – wurden schriftlich befragt. Das Anschreiben informierte kurz über das GEK und wies auf einen zeitnah im Stadtbezirk veranstalteten Informationsabend zur geplanten Fernwärmetrasse und energetischen Altbausanierung hin. Der Fragebogen selbst, übersichtlich gestaltet und drei DIN A4-Seiten lang, enthielt zwölf Fragen zu den beiden Themenblöcken Gebäudezustand und Heizungssystem. Zwei weitere Fragen zielten auf das persönliche Interesse an Fernwärme und an einer unabhängigen Energieberatung ab. 228 Fragebögen kamen zurück; das entspricht einem Rücklauf von gut acht Prozent.

Eine wichtige Erkenntnis aus der Umfrage war, dass in der Bürgerschaft große Info-Defizite bestehen. Und das bedeutet wiederum: Ansatzpunkte für das GEK traten zutage, etwa für gezielte Kommunikationsmaßnahmen. Dass die Bürgerbefragung noch weitere Vorteile besitzt, hat sich in Ludwigsburg ebenfalls gezeigt: Im Endeffekt ist sie auch ein Mittel, um die Akzeptanz und die Motivation jedes einzelnen Bürgers für ein bestimmtes Vorhaben zu erhöhen. Egal, ob es sich dabei ganz konkret um den Anschluss des eigenen Hauses an eine Fernwärmetrasse handelt, oder eben um die Erstellung und Umsetzung eines großen, in Teilen auch abstrakten Klimaschutzkonzepts. Wie sich insgesamt die Beteiligung der Bürgerschaft an einem solchen Konzept in Ludwigsburg ausgewirkt hat, zeigt Kapitel I auf (ab Seite 7).

Kontakt:
Stadt Ludwigsburg, Referat Nachhaltige Stadtentwicklung
Team Europa und Energie
Anja Wenninger
Wilhelmstraße 5
71638 Ludwigsburg
Telefon: 07141/910-2654
Fax: 07141/910-3097
E-Mail: a.wenninger@ludwigsburg.de
Internet: www.ludwigsburg.de

BÜRGERUMFRAGE ZUR WINDENERGIE [MÜNSTERTAL]

In Münstertal, Südschwarzwald, fand am Tag der Landtagswahl am 27. März 2011 im Nebenraum des Wahllokals eine Umfrage mit rein lokalem Bezug statt: Die knapp 4.000 Wahlberechtigten wurden gefragt, wie sie zur Nutzung der Windkraft in ihrer Heimatgemeinde im Allgemeinen stehen und was sie von dem umstrittenen Standort „Branden/Breitnauer Kopf“ im Speziellen halten. Der Abstimmung vorausgegangen war eine heftige, oft emotional geführte Debatte innerhalb der Bevölkerung wie auch der örtlichen Presse.

Um die Diskussion zu versachlichen und zugleich die Akzeptanz für eine spätere eventuelle (denn mit ihrem Votum konnten die Bürger sie ja verhindern!) lokale Nutzung der Windkraft zu erhöhen, beschloss der Gemeinderat Anfang Februar 2011, eine Bürgerumfrage durchzuführen und innerhalb der Verwaltung eine Arbeitsgruppe einzurichten, um die Fragen zu formulieren. Die Arbeitsgruppe trug zudem die Pro- und Contra-Argumente zusammen und veröffentlichte sie auf der Website und im Mitteilungsblatt der Gemeinde, zusammen mit Hintergrundinformationen zum Vorhaben und den Stellungnahmen von Wasser- und Naturschutzbehörde. Der an alle Wahlberechtigten versandte



Wahlaufruf wies auf diese Veröffentlichungen hin. Er enthielt auch den genauen, vom Gemeinderat beschlossenen Wortlaut der beiden Fragen, die den Bürgern vorgelegt werden sollten. 13 Tage vor der Umfrage lud die Gemeinde zu einem Info-Abend (siehe Foto oben), bei dem alle Positionen zu Wort kamen.

Das Ergebnis der Umfrage: Bei einer Beteiligung von 73 Prozent stimmten 80 Prozent dafür, regional bedeutsame Windkraftanlagen auf der Gemarkung der Gemeinde zu errichten. 75 Prozent befürworteten, solche Anlagen im diskutierten Gebiet „Branden/Breitnauer Kopf“ zuzulassen. Diesem Votum der Bürgerschaft schloss sich der Gemeinderat Anfang Mai 2011 mit 13 Ja- und zwei Nein-Stimmen an und gab dem Regionalverband damit grünes Licht für die weitere Planung.

Kontakt:
Gemeinde Münstertal/Schwarzwald
Christoph Blattmann, Hauptamtsleiter
Wasen 47
79244 Münstertal
Telefon: 07636/707-22
Fax: 07636/707-48
E-Mail: blattmann@muenstertal.de
Internet: www.muenstertal.de

BÜRGERGUTACHTEN SAMT -BEFRAGUNG ZUR WÄRME-ENERGIEVERSORGUNG [ROTTWEIL-HAUSEN]

In der rund 1.000 Einwohner zählenden, zu Rottweil gehörenden Ortschaft Hausen wurde im Rahmen eines Modellprojekts ein Bürgergutachten zur künftigen nachhaltigen Energieversorgung in Hausen erstellt. Vorab veranstalteten die beauftragten Wissenschaftler eine Bürgerumfrage zur Nahwärmeversorgung: Alle Erwachsenen der Ortschaft wurden im Herbst 2004 postalisch befragt – sie lieferten

Daten zum Wärmebedarf, die Basis für die Planung des lokalen Energiesystems. Gefragt wurde auch, wie die Bürgerschaft an der Entscheidung über die künftige Energieversorgung Hausens zu beteiligen sei, sowie nach dem Sinn und folglich der Akzeptanz eines Bürgergutachtens

„Die Umfrage hat verhärtete Fronten zwischen den Pro- und Contra-Fraktionen gelöst und die Debatte versachlicht.“

und der eigenen Bereitschaft, daran teilzunehmen. Nebeneffekt: Die späteren Bürgergutachter konnten sich als legitimiert betrachten, und es war kein Problem mehr, Gutachter zu rekrutieren. An der Umfrage beteiligten sich 266 Personen; der Rücklauf lag damit bei stolzen 34 Prozent.

Für das Gutachten wählten die Forscher zwölf Bürger aus und versuchten dabei, unterschiedliche Meinungen zu versammeln. Ende 2004 startete das auf den Diskurs angelegte Verfahren – ergebnisoffen, professionell moderiert und mit vielen Sachinformationen. Wobei die Teilnehmenden selbst bestimmten, welche Experten hierfür zurate gezogen wurden. Auch ihre Ziele definierten sie selbst. Sie lauteten: 1. Information über die globale Lage der Energieversorgung, 2. Information über Wärmeenergie-Techniken, 3. Bewertung dieser Techniken. Innerhalb von sieben Monaten absolvierte die Gruppe acht Arbeitstreffen, eine Klausurtagung, zwei Exkursionen, zwei Bürgerversammlungen. Mit neun zu drei Stimmen empfahl sie schließlich: Kraftwärmekopplung mit erneuerbaren Energien und den dadurch möglichen Ausbau des bestehenden Nahwärmenetzes.

Seit 2008 erzeugt das Biogasheizkraftwerk Rottweil-Hausen (Foto oben Mitte) Strom und speist die dabei gewonnene Wärme ins Nahwärmenetz ein, an das nun 44 Prozent der Haushalte angeschlossen sind. Landwirte aus der Umgebung liefern die Biomasse und verwenden die Gärreste



wiederum als Dünger. Monokulturen und gentechnisch veränderte Pflanzen sind per Liefervertrag ausgeschlossen – was ebenfalls im Bürgergutachten empfohlen worden war.

Kontakt:

ENRW Energieversorgung Rottweil GmbH & Co. KG

Christoph Ranzinger, Geschäftsführer

In der Au 5

78628 Rottweil

Telefon: 0741/472-202

E-Mail: christoph.ranzinger@enrw.de

Internet: www.enrw.de/unternehmen/umwelt-projekte/

biogasheizkraftwerk-rw-hausen

Informationen zur Bürgerbefragung und zum Bürgergutachten:

Universität Stuttgart, Lehrstuhl Technik- und Umweltsoziologie

Dr. Uwe Pfenning

Telefon 0711/6858-3980

E-Mail: uwe.pfenning@sowi.uni-stuttgart.de

PROJEKT-CHECK FÜR EINE PHOTOVOLTAIK-FREIFLÄCHENANLAGE [LEIBERTINGEN]

Der Projekt-Check ist ein Bürgergutachten mit fester Methode: Geplante Projekte werden in moderierten Kleingruppen schrittweise einem Nachhaltigkeits-Check unterzogen. Zum Beispiel in der kleinen Gemeinde Leibertingen, Kreis Sigmaringen. 2008 bewerteten Bürger des 650 Einwohner umfassenden Ortsteils Kreenheinstetten den Plan, auf ihrer Gemarkung eine große Photovoltaikanlage aufzustellen. Die Anlage sollte acht Hektar Fläche beanspruchen, gelegen auf einer ehemaligen Erddeponie und daran angrenzendem Grundstück. Kurz zuvor hatte die Nachbargemeinde ein ähnliches Vorhaben abgelehnt, und im Ort selbst wurde die Diskussion zunehmend emotional geführt. Der Projekt-Check sollte zur Versachlichung beitragen. Er sollte Ansatzpunkte für Verbesserungen sammeln und sicherstellen, dass beim Begutachten des Vorhabens möglichst viele Belange berücksichtigt werden.

Bürgermeister und Ortsvorsteher baten 19 Personen unterschiedlicher Gesellschaftsschichten und Interessenlagen, am Check teilzunehmen – was ausnahmslos alle taten. Zu Beginn einer auf drei Stunden angesetzten Abendveranstaltung bildeten sie Diskussionsgruppen à zwei bis drei Personen und stufen anhand von insgesamt über 30 Kriterien ein, welche Wirkungen sie von dem Vorhaben erwarteten mit Blick auf: Wirtschaft und Arbeit, Umwelt und Ressourcen, Soziales und Gesellschaft sowie hinsichtlich seiner zeitlichen und räumlichen Fernwirkungen. Sie empfahlen den kommunal Verantwortlichen, sich mit dem Bereich Umwelt und Ressourcen gründlich auseinanderzusetzen. Ein externer Moderator begleitete die Veranstaltung. Er beriet auch bei der Auswahl der Bürger, führte mit ihnen ein Vorgespräch und erstellte eine Dokumentation.

Mit diesem Input entschieden Gemeinde- und Ortschaftsrat zwei Monate später, dass die Anlage (Foto oben rechts) gebaut werden darf. Seit 2010 kann sich die Bürgerschaft über die Bürgerenergiegenossenschaft Leibertingen eG an ihr beteiligen.

Kontakt:

Pius Widmer, Projekt-Check-Beauftragter für Sigmaringen

Kreuzacker 2

72514 Inzigkofen

Telefon: 07571/729842


Fax: 07571/729949

E-Mail: pius.widmer@versanet.de

Internet: www.unternehmen21.org, www.buergerenergie-leibertingen.de

ANLAUFSTELLEN, HINWEISE, MATERIALIEN

Anlaufstellen, Hinweise, Materialien

 Weitere Informationen, Hilfen und Fördermöglichkeiten rund um Bürgermitwirkung und lokalen Klimaschutz sind bei den folgenden Einrichtungen zu finden.

AGENDA-BÜRO DER LUBW

Das Landes-Agenda-Büro unterstützt Kommunen und Initiativen bei Aktivitäten für eine nachhaltige, umweltverträgliche Entwicklung. Im Klimaschutz unterstützt und vernetzt es die ehrenamtlichen örtlichen Energie-Initiativen im Rahmen des „Landesnetzwerks Erneuerbare Energien – LEE“.

LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg
Griesbachstraße 1
76185 Karlsruhe
Telefon: 0721/5600-1406
E-Mail: agendabuero@lubw.bwl.de
Internet: www.lubw.baden-wuerttemberg.de

UMWELTMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG,

REFERAT GRUNDSATZFRAGEN DES KLIMASCHUTZES

Kommunen erhalten hier umfassende Unterstützung für ihre kommunalen Klimaschutzaktivitäten, z. B. durch das „Klimaschutz-Plus-Programm Baden-Württemberg“ und die Finanzierung von Pilotprojekten. Handreichungen helfen mit praxisnahen Tipps, landesweite Klimaschutz-Kongresse dienen als Plattform für Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch.

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, Referat 22 – Grundsatzfragen des Klimaschutzes
Kernerplatz 9
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/126-0
E-Mail: poststelle@um.bwl.de
Internet: www.um.baden-wuerttemberg.de

KEA – KLIMASCHUTZ- UND ENERGIEAGENTUR BADEN-WÜRTTEMBERG GMBH

Die KEA ist die landesweite Beratungseinrichtung zur Unterstützung von Kommunen bei Energieeinsparung, rationaler Energieanwendung und der Nutzung erneuerbarer Energien. Sie ist die Landesgeschäftsstelle für das europäische Managementsystem „eea – European Energy Award“.

KEA – Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH
Kaiserstraße 94a
76133 Karlsruhe
Telefon: 0721/98471-0
E-Mail: info@kea-bw.de
Internet: www.kea-bw.de

SERVICESTELLE: KOMMUNALER KLIMASCHUTZ

Die „Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz“ steht Kommunen in Belangen des Klimaschutzes als bundesweite Beratungseinrichtung zur Seite. Sie wurde im Rahmen der vom Bundesumweltministerium (BMU) gestarteten Klimaschutzinitiative beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) eingerichtet und berät auch zu Förderprogrammen des BMU.

Difu – Deutsches Institut für Urbanistik
Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz
Auf dem Hunnenrücken 3
50668 Köln
Telefon: 0221/340308-15
E-Mail: kontakt@kommunaler-klimaschutz.de
Internet: www.kommunaler-klimaschutz.de

Das Difu hat zudem den Leitfaden „Klimaschutz in Kommunen“ herausgebracht. Er bietet Informationen vor allem zum Einstieg in den Klimaschutz vor Ort und auch mit Bürgermitwirkung.

Downloadadresse:

<http://leitfaden.kommunaler-klimaschutz.de>

STAATSRÄTIN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND BÜRGERBETEILIGUNG IM STAATSMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG

Um die Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg zu stärken und eine neue politische Kultur zu entwickeln, wurde dieses Amt 2011 neu geschaffen. Aufgabe der Staatsrätin ist es, die bestehenden Bürgerbeteiligungsverfahren auf kommunaler Ebene gemeinsam mit den Kommunen zu fördern und die Aktivitäten der Fachministerien zu koordinieren.

Staatsministerium Baden-Württemberg

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

Richard-Wagner-Straße 15

70184 Stuttgart

Telefon: 0711/2153-0

E-Mail: poststelle@stm.bwl.de

Internet: www.stm.baden-wuerttemberg.de

PROJEKT „COACHING KOMMUNALER KLIMASCHUTZ“

Das von Umweltbundesamt und Bundesumweltministerium geförderte Projekt unterstützt die Kommunen praxisnah.

Internet: www.coaching-kommunaler-klimaschutz.net



